

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 11 | 19. Juni 2020



Foto: Tobias Koch

1. Vertreterwahl zur Bundestagswahl-nominierung

Politik heißt für mich Verantwortung übernehmen. Das will ich gerne tun und weitere vier Jahre hart für eine gute Entwicklung in Deutschland arbeiten. Ich bewerbe mich wieder als Kandidat der CDU für die Bundestagswahl.

In den letzten Wahlen habe ich sehr gut abgeschnitten. Dafür möchte ich wieder kämpfen. #Konkurrenz belebt das Geschäft, das gilt auch für die Politik. Am Montagabend hat der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Tim Hauser in der Wahlversammlung erklärt, dass er seinen Hut in den Ring wirft und neben mir zur Nominierung als CDU-Bundestagskandidat antritt. Somit wird es am 10. Juli bei der Nominierungsveranstaltung spannend. Das gehört zur Demokratie, das ist auch gut so. Ich kritisiere nicht das ob, sondern das wie. Schade, dass die Kandidatur von Tim Hauser den Mitgliedern der CDU Esslingen erst am Wahlabend mitgeteilt wurde. Dann wären sicherlich mehr Esslinger Mitglieder zur Versammlung am Montagabend gekommen und das Ergebnis wäre repräsentativer. Immerhin

standen dort ein Drittel der Vertreterplätze zur Wahl. Ich bin für eine unmittelbare Entscheidung der CDU-Mitglieder über ihre Kandidaten. Dass das Nominierungsverfahren coronabedingt als Vertreterverfahren stattfindet ist schade. So haben weniger Mitglieder die Chance, von ihrer Stimme Gebrauch zu machen. Ein Vertreter, eine Vertreterin vertritt die Interessen von zehn Mitgliedern seines Ortsverbandes.

2. Corona-Warn-App gestartet

Auch bei allen Lockerungen die es in letzter Zeit gab: Noch immer befinden wir uns mitten im Kampf gegen das Corona-Virus. Ein wesentlicher Schritt, um Kontrolle über die Ausbreitung des Virus zu erlangen ist die schnellere und präzisere Nachverfolgung von Infektionsketten. Mit der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Corona-Warn-App ist das nun möglich: Wer die App nutzt, wird schnell und gezielt informiert, wenn man Kontakt zu einer Corona-Infizierten Person hatte. So wird zeitnah die Möglichkeit gegeben, sich testen zu lassen und weitere Fragen in ärztlicher Beratung abklären zu können. Sollte man positiv getestet werden, kann jeder Nutzer

wiederum seine Kontakte warnen. Funktionieren tut das ganze via Bluetooth, womit der Abstand zweier Smartphones bestimmt wird. War man einem Handy eines Nutzers, der später als infiziert gilt, zu lange zu nahe, bekommt man eine Warnung.

Wichtig ist: Die Daten werden dezentral, das heißt auf dem Handy des Nutzers, gespeichert. Die Regierung hat somit keinen Zugriff auf die Daten. Selbstverständlich ist die Nutzung der App freiwillig. Je mehr Personen sie nutzen, desto besser wirkt die App.

Alle Infos zur App und auch die Links zu den App-Stores von Google und Android finden Sie unter:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app>

3. Bundeswehrmandate im Kosovo und Libanon verlängert

Die Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) haben wir diese Woche um ein weiteres Jahr verlängert. Die Zielsetzung bleibt unverändert die militärische Absicherung der Friedensregelung basierend auf der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von KFOR wird durch ein Mandat ermöglicht, dem der Deutsche Bundestag erstmalig am 11. Juni 1999 zugestimmt hat. Seitdem leisten deutsche Soldaten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Region, der aufgrund seines Erfolgs stetig um Umfang reduziert werden konnte. Das Mandat umfasst

derzeit noch eine Obergrenze von 400 Soldaten, die beibehalten werden soll.

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) wurde beschlossen. Deutschland trägt damit weiter zur Stabilisierung und Sicherung des Libanon bei, nicht zuletzt mit dem Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine. Da die Region um Libanon, Israel und Syrien weiterhin, etwa durch den syrischen Bürgerkrieg, politisch äußerst fragil und instabil ist, ist eine Verlängerung nötig. Die Obergrenze verbleibt dabei unverändert bei 300 Soldaten.



Markus Gröbel beim Truppenbesuch als Staatssekretär in Prizren 2017 (Foto: BMVg) Das Feldlager Prizren ist mittlerweile aufgelöst.

4. Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung

Nachdem wir zuletzt die Innenminister zu Gast hatten, waren diese Woche die Finanzminister beider Länder in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) per Videoschleife zu Gast. Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Frankreichs Minister für Wirtschaft und Finanzen, Bruno Le Maire, beantworteten den

Abgeordneten Fragen zur Finanzierung der Bewältigung der Corona-Pandemie in Europa. Gut, dass eine Pandemie, die grenzüberschreitend ist, auch grenzüberschreitend angegangen wird!



Der französische Finanzminister steht den Abgeordneten in Berlin Rede und Antwort. (Foto: MvM)

Zahl der Woche

50

Erneuerbare Energien machen erstmals mehr als die Hälfte des Stroms aus: Ökostrom macht mehr als 50 Prozent aus. Insbesondere die Windkraft wurde im ersten Quartal 2020 zu einer der wichtigsten Energiequellen. Ihr Anteil an der eingespeisten Strommenge betrug knapp 35 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist das ein Plus von 21 Prozent. Das berechnete das Statistische Bundesamt. Auch bei Photovoltaik wurde ein Plus verbucht – dennoch liegt der Anteil mit 4,8 Prozent vergleichsweise niedrig. Die Einspeisung aus Kohleenergie sank hingegen um ein Drittel und machte 22 Prozent der

Gesamtmenge aus. Auch der Anteil aus Atomenergie sank. Insgesamt fielen 48 Prozent des eingespeisten Stroms auf konventionelle Energieträger. Wir tun viel, um die Klimaziele zu erreichen und sind dabei erfolgreich. Auch in anderen Ländern. Zum Beispiel durch Photovoltaikanlagen in Afrika, die Ölkraftwerke ersetzen. Aber auch durch Aufforstungsprogramme und Mangrovenwälder.

Das vermittele ich auch den vielen Schülergruppen, die hoffentlich bald wieder zu mir kommen können.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!